

## **Medienmitteilung**

Aus der Ostschweizer Regierungskonferenz

25. Februar 2004

---

**Bundesratsentscheid zu HGV-Anschluss der Ost- und Westschweiz**

### **Ostschweiz empört über Stopp-Entscheid beim Bahnausbau**

**Nur einen Monat nach dem grünen Licht des Bundesrates für den Ausbau Zürich-St.Gallen-München und Zürich-Schaffhausen-Stuttgart stehen die Signale erneut auf Rot. Die vor einer Woche geäußerte Befürchtung der Ostschweiz, dass die Personenverkehrsprojekte HGV und Bahn 2000 im „Schlund der Neat“ zu versinken drohen, ist Realität geworden. Dass ausgerechnet die bezüglich Investitionsfolgekosten besonders gut bewerteten HGV-Projekte vom Stopp-Entscheid betroffen sind, ist sachlich nicht nachvollziehbar. Die „Hüst und Hott“-Politik des Bundes untergräbt die langjährige internationale regionale Zusammenarbeit in der Bodenseeregion. Die geschätzte Verlässlichkeit der Schweizer Verkehrspolitik gerät gegenüber Deutschland, Österreich und Frankreich in gefährliche Schieflage.**

Die Ostschweizer Kantone sind über den heutigen Entscheid des Bundesrates konsterniert. Dank grossem Einsatz der Regierungen und der Ostschweizer Mitglieder der Bundesversammlung gelang es vor einem Monat endlich, für äusserst bescheiden und sparsam geplante und seit Jahrzehnten überfällige Miniinvestitionen in kurze Doppelspurinseln und einen durchgehenden Fahrdracht nach München eine Mehrheit im Bundesrat zu finden. Die Wirtschaftlichkeit der Ostschweizer Projekte wurde vom Bund besonders kritisch unter die Lupe genommen und die Projekte hatten bislang vor der kritischen Jury bestand.

Unter dem Eindruck des Neat-Finanzierungsdebakels sieht sich der Bundesrat nun offenbar gezwungen, ausgerechnet bei den HGV-Projekten die Notbremse zu ziehen. Damit trifft er weder das Ziel noch leistet er einen substanziellen Beitrag, das Problem ungedeckter Infrastrukturfolgekosten in den Griff zu bekommen. Vielmehr ist zu befürchten, dass in der Ostschweiz höchstens die letzten Reste der nach Finanzierung der beiden Neat-Achsen übrigen finanziellen Mittel investiert werden sollen.

Die Ostschweizer HGV-Projekte sind realisierungsreif. Es gibt keinen Grund, das Projekt nach jahrzehntelangem Zögern wieder auf ein Abstellgeleise zu stellen. Für die mit Deutschland und Österreich zusammen bis 2008 geplanten Ausbauten muss zwingend noch im Herbst dieses Jahres das HGV-Gesetz verabschiedet werden können. Jede Verzögerung führt zu grossen Problemen in der internationalen Abstimmung der Projekte und torpediert die jahrelangen Bemühungen der Kantone und Länder um den Bodensee für einen zeitgemässen Anschluss an das Bahnnetz.

Die Ostschweizer Kantone erwarten eine Korrektur des heutigen Bundesratsentscheids und die sofortige Freigabe der Botschaft zuhanden der Beratung in den Eidgenössischen Räten.